

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Finanzministerium hat den Postamtskontrolor Wilhelm Bandler in Großwardein zum Postamts-Verwalter daselbst ernannt.

Das k. k. Staatsministerium hat nach gepflogenen Einvernehmen mit der k. ungarischen Hofkanzlei den Vize-Direktor des Pazmaniums in Wien, Dr. Karl Rimely, zum Prüfungskommissär bei der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Kommission in Wien ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Das k. Reskript vom 21. Juli.

I.

Laibach, 27. Juli.

Das Reskript des Kaisers auf die Adresse des ungarischen Landtages bildet unstreitig einen höchst bedeutungsvollen Fortschritt in der Entwicklung unseres jungen Verfassungslebens, und Alle, welche in der Erhaltung der Einheit der Gesamtmonarchie innerhalb der Grenzen des Oktober-Diploms und der Reichsverfassung die notwendige Bedingung der bisherigen Nachstellung Oesterreichs erblicken, müssen demselben unbedingt ihren Beifall zollen. Dasselbe ist, obwohl nur an den ungarischen Landtag gerichtet, für alle Kronländer von gleich großer Bedeutung, indem daraus, ungeachtet des vorwaltenden versöhnlichen Tones, der ernstgemeinteste Entschluß hervortritt, die Gesamtverfassung aufrecht zu erhalten und das Reich nicht durch die nie bestandene und zum ersten Male im Jahre 1848 versuchte Personal-Union in zwei Hälften zu theilen. Die Parteiführer des ungarischen Landtages haben bei der Adress-Debatte wohl alle Gründe einer gewandten Sophistik aufgebieten, um der Welt glauben zu machen, es stehe das Oktober-Diplom mit der pragmatischen Sanction im Widerspruch, und es habe zwischen dem Königreiche Ungarn und den anderen Kronländern schon vor dem Jahre 1848 nur die Personal-Union bestanden. Ob sie gegenwärtig in andere Bahnen einklenken werden, können wir nur hoffen, jedoch nicht erwarten, weil das Widerstreben des ungarischen Landtages gegen die Gesamtverfassung des Reiches nicht so sehr in Gründen, welche laut ausgesprochen werden, sondern weit mehr in Hintergedanken, die nicht gesagt werden, zu suchen ist. Es bedarf nur der Hinweisung auf die Thatsache, daß das Oktober-Diplom bei seiner Kundmachung in Ungarn nicht nur nicht ungünstig, sondern mit ungetheilter Befriedigung aufgenommen worden ist, um zu erkennen, daß den Aposteln des ungarischen Staatsrechtes ursprünglich ein Widerspruch zwischen dem Diplome und der pragmatischen Sanction durchaus nicht klar war, und daß es besonderer Einflüsse und Beweggründe bedurfte, um diese Idee nach und nach in die öffentliche Meinung einzuführen. Eben so darf man sich nur erinnern, welche durchgreifende Veränderungen im Organismus im Jahre 1848, wo man die Personal-Union wirklich schaffen wollte, zu deren Herstellung notwendig waren, um zu erkennen, daß vor dem Jahre 1848 die bloße Personal-Union nicht bestanden haben konnte.

Das allerhöchste Reskript weist indessen auch urkundlich nach, daß das Oktober-Diplom mit der pragmatischen Sanction nicht im Widerspruch stehe und letztere wesentlich auch deshalb zu Stande gekommen ist, damit für die gegenseitige Verständigung und Einigung Ungarns mit den übrigen Königreichen und Ländern ein gemeinsamer Stützpunkt gewonnen

werde. In dieser Beziehung sind namentlich die Gesetzkartikel I und II des Landtages von 1722—23 bemerkenswerth, indem die Vorfahren der heutigen Magyaren in dem Artikel I, welcher die Einleitung zur Annahme der pragmatischen Sanction bildet, unter Anderm auch für die Herstellung einer nach allen Seiten hin und insbesondere auch gegen auswärtige Gewalt ausreichenden Vereinigung mit den benachbarten Königreichen und Erbländern ihren Dank aussprechen, und indem aus beiden Gesetzkartikeln überhaupt die unverkennbare Wahrheit zu entnehmen ist, daß die Ungarn damals unter dem Eindrucke der vorangegangenen Ereignisse und der dauernden Wiedereroberung ihres Vaterlandes durch die sieggetrübten Waffen der aus allen Kronländern geworbenen kaiserlichen Heere — die pragmatische Sanction vorzugsweise deshalb angenommen haben, um in der durch die Vereinigung mit den übrigen Erbländern begründeten Nachstellung für alle Zukunft den notwendigen Schutz gegen innere und äußere Feinde zu finden. Eine solche Nachstellung ist jedoch bei einer bloßen Personal-Union eben so wenig denkbar, als bei dem nebelhaften Föderalismus, mit dem das Reich durch die staatswirthschaftliche Weisheit einer anderen bekannten Partei beglückt werden will, welche für alle möglichen Separatinteressen Sinn hat, nur nicht für den höchsten Staatszweck. Die Gefahren einer bloßen Personal-Union sind, wie wir Alle wissen, auch bereits im Jahre 1848 so klar hervorgetreten, daß das dadurch begründete Verhältniß selbst von Jenen für gänzlich unhaltbar erkannt wurde, die darin nicht bloß ein gemachtes Vorspiel für die gänzliche Losreißung erblickten. Wenn der ungarische Landtag nichtsoebenwiger in seiner Adresse übermals die Gesetze vom 3. 1848 als Basis und Vorbedingung für jede weitere Verhandlung verlangt hat, so hat er die Lösung der schwebenden Fragen auf einem Gebiete gesucht, wo der Widerstreit mit den wesentlichen Interessen nicht nur des Gesamtreiches, sondern insbesondere auch aller einzelner Kronländer unvermeidlich war; denn Niemand wird verkennen, daß die Erbländer dießseits der Leitha kraft der innigen Verletzung der Interessen, die sich zwischen ihnen und dem Königreiche Ungarn in Folge der durch drei Jahrhunderte gemeinsamen Regierung gebildet haben, und kraft der Opferwilligkeit, mit der sie zu allen Zeiten ihr Gut und Blut für die gemeinsame Unabhängigkeit und die gemeinsamen Interessen eingesetzt haben, ein unlösbares Recht haben, derzeit gegen die Schöpfung einer bloßen Personal-Union Einsprache zu erheben. Gelte es jetzt, einen staatsrechtlichen Verband ganz neu zu schaffen, hätten die dießseitigen Erbländer gewiß mehr Grund, sich zu bestimmen, als die Magyaren, weil aber der engere staatsrechtliche Verband zwischen Ungarn und den übrigen Erbländern schon seit langer Zeit bestanden hat, ist die Trennung desselben ohne augenfällige Verletzung des einen oder anderen Theiles unmöglich.

Wir werden in einem zweiten Artikel zeigen, daß die Ungarn durch die Annahme der Reichsverfassung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen haben.

Korrespondenz.

Wien, 11. Juli. *)

Die Gewitterwolken, welche sich in den letzten Tagen der vergangenen Woche zu wiederholten Malen an unserem parlamentarischen Horizonte aufstürzten, haben sich gestern glücklicher Weise wieder verzogen, ohne daß es zu einem Aeußersthen gekommen wäre. Die Böhmen und Polen erschienen wieder in der

*) Wir, und gewiß auch alle unsere Leser, freuen uns herzlich, daß Ihre Gesundheit wieder soweit hergestellt ist, um die alten Beziehungen zu unserem Blatte wieder aufnehmen zu können.

Kammer, man ging von der ersten Idee einer motivirten Anklage gegen den Präsidenten wieder ab, und ließ es dabei bewenden, daß der Sprecher der Polen, Dr. Smolka, einige verwahrende Worte sprach, denen jedoch der vermittelnde Hintergrund nicht fehlte, so daß der Präsident, ohne sich selbst und seiner Würde etwas zu vergeben, auf dieselben leicht erwidern konnte. So weit war Alles gut und im Publikum athmete man wieder freier auf. Doch blieb von der ganzen Angelegenheit eine gewisse Schwüle zurück. Die einzelnen Blitze, welche gefallen waren, hatten zum Wenigsten die Wirkung, daß der dunkle Hintergrund des Ganzen so recht grell sichtbar wurde. Man weiß nun, welche elektrische Masse hier aufgehäuft ist, und die Furcht vor dem Momente, in welchem dieselbe eklatiren wird, ist eine ganz natürliche. Die immer wieder auf dieselbe Thatsache weisenden Gerüchte von dem Austritte der Sloven aus dem Reichsrathe, welche derartigen Szenen, wie der Donner dem Blitze auf dem Fuße folgen, zeigen was die Gesamtheit von einem Vorgehen der Kammer, wie das der letzten Tage, erwartet oder vielmehr fürchtet. Man wird zugeben müssen, daß dasselbe keineswegs darnach angethan ist, die allgemeine Beruhigung bezüglich der verfassungsmäßigen Fortentwicklung unserer Zustände zu fördern. Man wird zugeben müssen, daß die Feststellung des Parteistandpunktes der Einzelnen durch die fortwährende Bedrohung des Ganzen, denn doch etwas theurer erkauft erscheint. Man wird endlich, abgesehen von jedem Parteistandpunkte, zugeben müssen, daß weder der Gesamtsinn im Allgemeinen, noch die einzelnen Nationen im Besondern, durch ein parlamentarisches Gebaren der Art sich auch nur einigermaßen befriedigt fühlen können. Schon jetzt fragt man sich ganz laut und unerbötlich, was denn dieser Reichsrath in dem Vierteljahre seines Bestehens geleistet habe, und die böhmische Antwort der prinzipiellen Gegner aller konstitutionellen Entwicklung: er habe ja doch seine Diäten votirt; eine Antwort, welche noch vor Kurzem mit gebührender Entrüstung zurückgewiesen wurde, findet jetzt weniger Widerspruch. Es ist dieß eine harte, eine bittere Wahrheit. Nichts desto weniger muß sie ausgesprochen werden, so lange dieser Widerspruch noch einige Aussicht auf Erfolg hat. — In der Sitzung vom Dinstag soll die Reichsbauer'sche Interpellation wegen Kurhessen ihre Erledigung finden. Man nimmt an, daß die allenfalls erfolgende Antwort des Herrn Ministers sich auf die einseitigen veröffentlichten Staatschriften bezüglich dieser Angelegenheit und auf die in der officiösen „Donau-Zeitung“ entwickelten Ansichten über diese Frage stützen werde.

Einstweilen sind gestern Abend Nachrichten über die Vorgänge in Pest hier eingetroffen. Diesen zu Folge erwartet man die nächste öffentliche Sitzung des ungarischen Landtages den nächsten Mittwoch. Es wird dem hinzugefügt, daß Deal seinen Adressentwurf vollendet und Aussicht habe, denselben angenommen zu sehen. Bekanntlich steht der Adresspartei abermals die Beschlußpartei gegenüber. Außerordentliche Hoffnungen knüpfen sich auch an die Annahme von Deal's Adresse nicht. Die Ausgleichung der Differenzen, welche zwischen der ersten Adresse des ungarischen Landtages und dem kais. Reskripte bestehen, lassen sich auf einer Basis, wie sie durch die Deduktionen und Anschonungen Deal's gewonnen werden kann, kaum erwarten. Man wird es unter diesen Umständen natürlich finden, daß die Ministerberatungen vorläufig bereits jene Eventualitäten in's Auge fassen. Sie begreifen, daß man den bevorstehenden Landtagsverhandlungen in Pest, so wie den Beschlüssen des Ministeriums in dieser Beziehung mit gleich großer Spannung entgegensteht. Man glaubt, daß bereits die ersten Tage des künftigen Monats gewichtige Entscheidungen bringen werden.

In den ersten Tagen des künftigen Monats werden nun auch Ihre kais. Hoheiten der Herr Erzherzog Franz Karl und die Frau Erzherzogin Sophie das Lustschloß Schönbrunn verlassen, um sich nach Ischl zu begeben. Wie alljährlich wird Se. k. Hoheit auch in diesem Jahre die Route über Maria Zell einschlagen. Der Antritt in Ischl wird am 8. August entgegengesetzt.

Eine Notiz, welche vor einigen Tagen durch unsere Journale ging und nach welcher eine der bedeutendsten Neubauten Wiens in ihrer Fortführung durch die politische Behörde inhibirt worden sei, hat hier besonderes Aufsehen erregt. Dem Vernehmen nach liegt der Grund dieses so auffällig befundenen Vorgehens darin, daß die betreffende Baute Neu-Wiens in ihrer Durchführung mit dem durch die Behörden genehmigten Plan nicht kongruent befunden worden sein soll.

Heute Nachmittag wüthete hier ein, selbst in diesem Jahre ungewöhnlich starker Orkan, der sowohl in der innern Stadt, besonders aber im Freien nicht unbedeutenden Schaden anrichtete.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten

Am 27. Juli.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender: Präsident Dr. Hein.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Graf Degenfeld, und Graf Wickenburg.

Die Abgeordneten von der rechten Seite des Hauses, die sich gestern während der Sitzung entfernt hatten, sind bereits im Beginn der heutigen Sitzung fast sämtlich wieder auf ihren Plätzen.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen.

Die Paragraphen 3 und 4 des Lehengesetzes, wie sie beschlossen wurden, lauten:

§. 3. Vom Tage der Rechtskraft der Auflösung des Lehenbandes zwischen Lehenherrn und Vasallen wird das Obererigenthum mit dem Nutzungserigenthum des Lehenobjektes vereinigt.

§. 4. In Ansehung der Nachfolge und der sonstigen Rechte und Pflichten der Mitglieder der vasallischen Familien unter einander bleiben jedoch die Lehengesetze so lange in Kraft, als nach zur Nachfolge in das Lehen berufene, zur Zeit der Kundmachung dieses Gesetzes bereits erzeugte Personen (§§. 22 a. b. G. V.) vorhanden sind.

Das Lehenobjekt wird demnach in der Regel erst dann ein vom Lehenbände völlig freies Eigentum, wenn entweder die letzte dieser Personen in dessen Besitz gelangt, oder keine derselben mehr vorhanden ist. Doch steht dem Vasallen frei, das vollständige Eigentum des Lehenobjektes, insofern es in einem liegenden Gute besteht, und nicht mit dem Fideikommiß- oder Substitutionsfonde behaftet ist, sofort dadurch zu erlangen, daß er denselben ein Entschädigungskapital für die Anwärter substituirt. Der 100fache Steuerwerth der Realität nach Abzug der darauf haftenden Lebenspassiva bildet das zu substituierende Lehenkapital, ist vom Todestage des Vasallen mit 5 pCt. zu verzinsen, und wird auf dem Lehenobjekte gleichzeitig mit dem Freimachungserkenntniße von Amtswegen sicher gestellt. In Ansehung der Nachfolge und Ansprüche der vasallischen Familie

auf das Substitutionskapital gelten die im vorhergehenden Absätze enthaltenen Bestimmungen.

Den zur Lehenachfolge noch berufenen Personen bleibt jedoch überlassen, den zwischen ihnen bestehenden Lehenverband durch freies Uebereinkommen auch noch früher aufzuheben und das Lehenobjekt in freies Eigentum umzuwandeln.

Rechte aus dem Fideikommißinstitute in Ansehung der Lehen, die zugleich mit dem Fideikommißbände behaftet sind, bleiben unberührt.

Abg. Smolka erhält das Wort.

Smolka: Ich habe das Wort anlässlich eines bedauerlichen Vorfalles, der in der gestrigen Sitzung stattfand, erbeten. Meine Entfernung, und die meiner Gesinnungsgenossen, die sich mit mir entfernt haben, war eine Verwahrung gegen die Art und Weise, in welcher dem Abg. Brauner das Wort entzogen wurde. Redner wünscht, daß eine derartige Entziehung und derartige Zurechtweisungen künftig in schonendster Weise geschehen.

Klaudi schließt sich im Namen seiner Gesinnungsgenossen dem zuletzt ausgesprochenen Wunsche an, bemerkt aber, daß er in Gemeinschaft der Abgeordneten Böhmen einen anderen Weg gegen den bis jetzt noch nicht geahndeten Angriff auf die böhmische Krone betreten werde.

Riese-Stallburg erklärt sich als böhmischer Abgeordneter mit sehr energischen Worten gegen die Äußerungen des Vorredners. (Die böhmischen Abgeordneten von der linken Seite des Hauses und dem Centrum sowie Vizepräsident v. Hasner erheben sich zum Zeichen der Zustimmung.)

Graf Hartig schließt sich als böhmischer Abgeordneter den Worten des Vorredners an.

Präsident versichert, sich in der gestrigen Sitzung der Geschäftsordnung vollkommen bewußt gewesen zu sein, und im Sinne und Geiste derselben gehandelt zu haben. Er bedauert, daß der Abg. Smolka diese Auffassung nicht theilt.

Brinz bringt eine Berichtigung des stenographischen Protokolls vor, worauf das vom Schriftführer verlesene Sitzungsprotokoll als richtig anerkannt wird.

Staatsminister Ritter von Schmerling in Beantwortung der auf die Unterrichtssprache in Triest bezüglichen Interpellation, setzt zunächst den gegenwärtigen Stand der Unterrichtsanklagen im Triester Gebiete insbesondere im Hinblick auf die Unterrichtssprache auseinander.

Die Nationalität der das Gymnasium in Triest besuchenden Schüler war maßgebend für die Wahl der Unterrichtssprache, die nicht die italienische sein konnte, während das Gymnasium in Capodistria ausschließlich italienisch ist. Ferner mußte den Schülern die Möglichkeit vermittelt werden, bei späteren Studien die Landesuniversitäten und nicht bloß die Universitäten zu Padua besuchen zu können (Bravo).

Se. Excellenz setzt noch andere wesentliche Gründe auseinander, aus denen die Regierung sich veranlaßt sieht im Triester Obergymnasium die deutsche Sprache als Unterrichtssprache beizubehalten, im Untergymnasium aber Parallelklassen mit verschiedenen Sprachen zu errichten.

Es wird noch der Stand der Triester Volks- und Realschulen beleuchtet und gezeigt, wie die Regierung auch auf diesem Gebiete den Bedürfnissen

und den Anforderungen des Landtages nach Möglichkeit Rechnung zu tragen bemüht ist.

Präsident verliest ein von Sr. Excellenz dem Herrn Justizminister eingeschiedenes Gesuch um vierwöchentliche Beurlaubung; der Herr Justizminister leidet an einer Augenentzündung, die nach ärztlichem Urtheil unbedingte Ruhe erfordert. Se. k. k. Apostolische Majestät haben den nachgesuchten Urlaub bereitwillig und genehmigt, daß die Geschäfte des Justizministeriums interimistisch von Sr. Excellenz dem Herrn Minister v. Caffer, den Herren v. Rizzi und v. Mitis erledigt werden.

Das Haus bewilligt den Urlaub.

(Schluß folgt)

Oesterreich.

Graz, 24. Juli. Die „Tagespost“ meldet: Bei der am Samstag stattgefundenen Turnersahrt wehte an der neuen weißgrünen Fahne ein schwarz-roth-goldenes Band. Wie wir hören, wurde nun aus diesem Anlasse unser erster Turnlehrer, Herr Doktor Schreiber, gestern von der löbl. Polizeidirektion wegen des Tragens politischer Abzeichen zu einer Geldbuße von 10 fl. österr. Währ. verurtheilt. Herr Dr. Schreiber hat dagegen bei der h. Statthalterei die Berufung angemeldet.

Wien. Se. Majestät der Kaiser haben befohlen, daß bei den neuartigen Waffentrüben die Zelobinde von den Herren Offizieren künftig an handlicher von der rechten Schulter zur linken Seite getragen werde. Diese Tragart bezieht sich auf folgende Waffengattungen: Linien-Infanterie, Grenz-Infanterie, Jäger, Pioniere, Genie- und Sanitäts-Truppe.

Wien, 24. Juli. In der Journalistenloge erzählte man heute, daß der Kaiser den verurtheilten Redakteur des „Fortschritt“ Hrn. Theodor Heller, welcher im Gnadenwege um Erlass der über ihn wegen eines Preßvergehens verhängten Strafe eingekommen und eine Audienz erbeten hatte, äußerst buldvoll empfangen, und bei diesem Anlaß die zarte Rücksicht gegen die Presse und einen ihrer Vertreter an den Tag gelegt, Hrn. Heller, dessen Tour erst nach etwa dreißig andern Vitzstellern gewesen wäre, sogleich vorzulassen. In der Journalistenloge ist man über die buldvolle Aufnahme, die von Sr. Majestät einem wegen Preßvergehens verurtheilten Journalisten zu Theil geworden, sehr erfreut, und glaubt dem Vitzsteller ein günstiges Prognostikon stellen zu können.

(N. N. 3.)

Wien. Die „Militär-Zeitung“ meldet: Die Repräsentation der Grenzvertreter am kroatischen Landtage an Se. Majestät wurde an die Allerhöchste Adresse geleitet. Die Deputation, welche diese Petition persönlich überbringen sollte, wurde beschieden, nach Wien zu kommen. Uebrigens wird die letztere Punkt für Punkt widerlegt und beantwortet, andererseits aber begründeten Wünschen Rechnung getragen werden.

— In einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird der Herr Justizminister Baron v. Pratobeyera dem Hause als Regierungsvorlage den Entwurf des Preßgesetzes vorlegen, welcher von einer Kommission ausgearbeitet wurde, wozu mehrere jüngere Universitäts-Professoren zugezogen wurden. Dem kürzlich hier anwesenden General-Konsul Herrn von

Aus dem Gerichtssaale.

(Verbrechen des Mordmordes, verübt im hiesigen Zwangsarbeitsbause).

(Fortsetzung. Siehe Nr. 170.)

Betreffend die veranlassende Ursache wurde Nachstehendes erhoben:

Einige der einvernommenen Zeugen sagten aus, daß der getödtete Josef G. als Spion der Verwaltung unter seinen Landeleuten galt.

Nach beschworener Aussage des Obergerichters hat sich Josef G. am 16. Jänner Früh 8 1/2 Uhr, in Gegenwart mehrerer italienischer Zwänglinge, bei ihm zum Rapport melden lassen, was der Obergerichter auch sofort dem Verwalter meldete, worauf er von diesem die Weisung erhielt, G. nicht zum Rapport kommen zu lassen, weil dieses bei den übrigen Zwänglingen Ansehen erregen könnte; wohl aber möge er einen Moment wahrnehmen, wo er G. unbelauscht sprechen könne.

Diesem gemäß sagte der Obergerichter dem Aufseher, welcher das Arbeitszimmer des G. zu schließen hatte, er möge G. sagen, daß er in das Zimmer des Obergerichters zu kommen habe. Wirklich kam G. noch an demselben Tage zum Obergerichter und nun entdeckte ihm G., die italienischen Zwänglinge hätten sich verabredet, bei günstiger Gelegenheit in das Wachzimmer der Aufseher einzudringen, dort die

Säbel zu nehmen und sich durch Ueberfallung der Aufseher aus dem Hause zu befreien, es liege ihnen nichts daran, wenn sie auf einige 5 Jahre in das Strafhaus kämen, jedenfalls würden sie sich aus dem Zwangsarbeitsbause befreien; er nannte unter denen, welche zum Komplotte gehörten, auch Johann G., Franz M., Franz C. u.

Ferner entdeckte ihm G., daß die Schusterzwänglinge Franz G. und Josef P. im Geheime Stinderschube arbeiten, um sie aus dem Hause zu schwärzen. Ueber das Komplott wurde nachgefragt, allein Keiner wollte davon etwas wissen.

Zufolge der zweiten Anzeige nahm der Verwalter am 16. Jänner Abends, nachdem die Zwänglinge aus den Arbeits- in die Schlaf-Lokalitäten entfernt worden waren, in den Arbeitszimmern eine Durchsuchung vor, und fand in den Läden der Arbeitsstische des G. und P. einige Ueberreste von Leder, von Zeugen zu Stiefletten und das Triester Blatt „il Diavolotto.“ Alles dieses wurde in Verwahrung genommen.

Erst am 18. Jänner l. J. nahm der Verwalter zur Vermeidung jedes Aufsehens unter den Italienern gegen Abends den G. und P. vor, und verurtheilte sie sodann behufs der Disziplinar-Behandlung in separate Arreste.

Am 18. Jänner kam G. abermals in das Zimmer des Obergerichters und sagte, daß sich G. und P. da sie die Spuren vorausgegangener Durchsuchung bemerkten, bedeutungsvolle Blicke zuwarfen.

Einige krainische Zwänglinge sagten aus, daß

Josef P. Freitag den 18. Jänner nach dem Essen in die Tischlerwerkstätte kam und daselbst Schustermesser schliff, daß G. bei ihm stand, daß sie etwas Wein ges miteinander sprachen, sich aber mehr mit Gebeten zu verständigen schienen, daß G. den P. unterwies, wie er schleifen sollte. G. habe sich früher als P. entfernt. Hieran brachte P. die geschliffenen Messer in die Schusterwerkstätte zurück, legte die übrigen Messer auf seinen Tisch, ein Messer aber überreichte er dem G., welcher das Messer besah und gleichgiltig auf seinen Tisch warf. Es wurde ferner erhoben, daß unmittelbar nach dem Schleifen G., M. und C. miteinander gesprochen haben.

Nachdem die Vorerhebungen gepflügt waren, schritt der Untersuchungsrichter zum Verhöre des M., G. und P.; M. stellte Anfangs Alles in Abrede und suchte alle Verdachtsgründe zu entkräften. Als er jedoch einsah, daß ihm dieses nicht gelinge, schritt er zu einem theilweisen Geständnisse, welches er auch bei der Schlussverhandlung wiederholte.

G. läugnete Alles. Ebenso beethenerten ihre Unschuld G. und P. während der langen Voruntersuchung. Endlich wurde gegen M. und G. der Anklagebeschluß wegen Verbrechen des Mordmordes, gegen G. und P. wegen Mithschuld an diesem Verbrechen und später auch gegen L. wegen Verbrechen der Vorschuleitung geschöpft, gegen welchen nur G. den Rekurs ergreift, welcher jedoch vom k. k. Oberlandesgerichte nicht bestätigt worden ist, und die mündliche Schlussverhandlung wurde auf den 17. Juli anberaumt.

(Fortsetzung folgt.)

Grüner, welcher mit den Zuständen der deutschen Presse vertraut ist, wurde der Entwurf zur Begutachtung vorgelegt. Das Preßgesetz wird als sehr liberal geschildert. Nach den Universitätsprüfungen (1. August) beginnen im Justizministerium die Beratungen eines neuen Strafgesetzes, wozu gleichfalls mehrere Professoren geladen wurden, welche deshalb ihre Ferienreise erst in der zweiten Hälfte des Monats August antreten werden.

Wien, 25. Juli. Wie wir hören, soll beim Justizministerium soeben die Verhandlung wegen Ernennung eines der russischen Schrift und Sprache vollkommen mächtigen Konzepts- und eines solchen Manipulationsbeamten für den obersten Gerichts- und Kassationshof im Zuge sein, damit in vorkommenden Fällen auch diese Zentralbehörde der Bestimmung der allerh. Entschließung vom 10. April l. J. (worin die Annahme und Amtsbefugnisse „ruthenischer“ Eingaben auch mit cyrillischen Schriftzeichen sämtlichen Behörden und Beamten zc. anbefohlen wurde) in jeder Beziehung zu entsprechen in die Lage versetzt werde.

Die „Donau-Zeitung“ widmet zwei Artikel der Beweisführung, daß das deutsche Element in Ungarn nicht so schwach vertreten sei, als es die Nationalitätspolitik um jeden Preis, die jetzt in in- und ausländischen Blättern das große Wort führen, gern glauben machen möchten.

Wien. Die den Gewerbetreibenden zugestandene Begünstigung, daß geringe Waffennengen, n. z. nicht über 6 Stück jeder Gattung, auch ohne Begleitung eines Waffengeleißeines versendet werden dürfen, wurde mittels Ministerialerlaß vom 26. d. M. bis auf weitere Anordnung als aufgehoben erklärt. Die Gewerbetreibenden haben daher auch bei geringen Waffensendungen der vorgeschriebenen Geleißeine oder der als zulässig erklärten, von der kompetenten Behörde amtlich viduirten Frachtbriefe oder Versendungskarten sich zu bedienen. Die Verordnung ist von den Ministern Schmerling, Meserly und Pratobevera unterzeichnet und gilt für Böhmen, Galizien, Bukowina, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, das Küstenland, Mähren, Schlesien und Dalmatien.

Wie aus Pest geschrieben wird, wäre dort der Sieg der Beschlußpartei als unausbleiblich zu betrachten, falls es Deak nicht noch gelänge, einen von den einflussreichsten Führern der Gegner, wie Nagy oder den Vize-Präsidenten Tisza, zu sich hinzuzuziehen.

Aus Pest, 26. Juli, wird geschrieben: „Im Gasthof zum „schwarzen Adler“ war gestern Abends ein Fremder angekommen, welcher bis spät in die Nacht in Gesellschaft einiger Landtags-Abgeordneten im Speisesaale verweilte. Derselbe erzählte Reise-Abenteuer aus Italien und der Türkei. Heute Nachmittags 12 1/2 Uhr erschien eine Patrouille mit aufgespitztem Bayonnet, nahm den Mann gefangen und eskortirte ihn ins Nebengebäude, wo er im Pavillon VII. hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Derselbe soll „von einer baldigen Erhebung in Ungarn“ gesprochen haben. Sein Name ist Paul Turr; er war Honved-Offizier und machte den Feldzug in Italien gegen Oesterreich mit. In der Stadt war das Gerücht verbreitet, man habe den General Turr gefangen. Die Unthätigkeit Turrs mit Turr gab hierzu Veranlassung. Ein Volkshaufe folgte der Eskorte mit dem lauten Rufe: „Eisen Turr!“

Kronstadt, 24. Juli. Das Neueste, was die Post überbracht, ist die Nachricht, daß in Siebenbürgen in den nächsten Tagen die direkten Wahlen für den Reichsrath nach Wien ausgeschrieben werden sollen.

Deutschland.

Leipzig, 22. Juli. Gestern Vormittag wurden zwei Lehrlinge von München im Alter von 15 und 16 Jahren im Bahnhofe abgesetzt, als sie von da mit dem Dampfschiffe in die Schweiz übersetzen wollten, um nach Italien zu reisen in der Absicht, Viktor Emanuel und Garibaldi zu tödnen, zu welchem Behufe sie sich mit Revolvern bewaffnet hatten, welche bis oben geladen waren. Sie führten eine Barschaft von circa 500 fl. bei sich, welche der eine, Sohn eines Eisenbahn-Beamten, sich dadurch verschafft hatte, daß er seine Sparkassengelder, welche ihm ausgehändigt waren, um eine Obligation dafür zu kaufen, zu diesem Zwecke bestimmen wollte. Beide zeigten sich sehr couragirt, verschworen vor der Polizei ihre Absicht nicht und bemerkten dazu, daß sie auch die Leute seien, etwas auszuführen, was sie sich vorgenommen hätten. Die „S. Z.“ bemerkt hierzu: Wir warten die Bestätigung ab, die im jetzigen Moment wie eine tendenziöse Erfindung klingt, allein von so guter Hand kommt, daß nur die Möglichkeit einer unserm Korrespondenten selbst widerfahrenen Täuschung übrig bleibt.

Italienische Staaten.

Mailand, 22. Juli. In Gargnano, einem bedeutenden Marktflecken am Lago di Garda, Provinz Brescia, fand dieser Tage ein förmlicher Aufstand der dortigen Einwohner Statt. Sie rotheten sich in Massen zusammen, und unter dem Geschrei „Morte ai Piemon-

tesi, Viva i Tedeschi, siamo stufi di essere derubati dal Peltrai (wir sind es müde, von den Züniglebern ausgeraubt zu werden)“, zerklühten sie alle piemontesischen Insignien, und die Wuth des Volkes war so groß, daß dasselbe dem dortigen Polizeikommissär den Garauß machen wollte. Es gelang diesem jedoch, sich aus dem Staub zu machen. Es mußte die bewaffnete Macht der umliegenden Ortschaften aufbeboten werden, welcher es nach einem kurzen Handgemenge gelang, den Aufstand zu dämpfen. Es fanden Verwundungen und Verhaftungen Statt. Ein Israelit Namens Sp..., der hier in Mailand mit seiner Familie domizilirt, seit Jahren mit den österreichischen Offizieren in Geschäftsverkehre steht, und daher jetzt zu diesem Zweck öfters die Reise nach Venedig und Verona unternimmt, wurde diesmal auf seiner Rückreise von Verona nach Desenzano von der piemontesischen Polizei aufgehalten und bis aufs Hemd durchsucht, in der Hoffnung, etwas Kompromittirendes zu finden. Und siehe da, wirklich fand man an ihm Briefe; aber zum Unglück der piemontesischen Polizei waren es nur zwei unschuldige offene Geschäftsbriefe.

Turin, 27. Juli. Ein Leitartikel der heutigen „Opinione“ unter dem Titel: „Der Protest gegen die französische Okkupation Roms“ beleuchtet die Gefahren, in welche die sogenannte Aktionspartei Italien durch die Beabsichtigung eines solchen Schrittes stürzen würde. General Fleury ist gestern nach Paris zurückgekehrt.

Mailand, 27. Juli. Die heutige „Perseveranza“ läßt sich aus Turin melden: Cialdini berichtet, den Faden der bourbonnischen Verschwörung entdeckt zu haben. Namen der hohen Aristokratie und hohen Geistlichkeit sind mit den Führern der Reaktion verflochten. — König Viktor Emanuel wird nach Besichtigung der Ausstellung von Florenz einige Zeit in Neapel residiren. Der „Lombardo“ meldet nach Turiner Briefen, daß Minghetti, sobald das Anlehen abgeschlossen ist, das Portefeuille des Innern an Ratazzi abtreten werde. Das neue Ministerium soll aus Lamarmora für Krieg, Cordova für Finanzen, Popoli für Ackerbau und Handel, und vielleicht auch Depretis bestehen. Hiezu macht „Lombardo“ die Bemerkung, daß diese unverbürgten Gerüchte einer Ministerkrise in Mailand einen sehr ungünstigen Eindruck machen. Der Name „Ratazzi“ klingt äußerst volksfeindlich (impopolarissimo) in den lombardischen Provinzen.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. In Bichy haben die Offiziere der dort garnisonirenden Garde-Abtheilung dem Kaiser zu Ehren einen Ball veranstaltet, der unter freiem Himmel abgehalten wurde. Die Kaiser-Quadrille war in folgender Weise zusammengesetzt: Dem Kaiser und der Madame de Sonney, Gattin des Obersten, vis-à-vis standen ein Unteroffizier mit der Gräfin Walewska. Die anderen Paare waren: ein Joutier mit Madame de la Bedoyere, ein Korporal mit Gräfin Litta, ein Gemeiner mit Gräfin Lepon und noch ein Gemeiner mit Miß Bouz. Der Kaiser hatte selbst gewünscht, daß die Herren von verschiedenem Militärgrade sein sollten. Die Quadrille, sagt die „Patrie“ hinzu, wurde besser als auf vielen offiziellen Bällen getanzt.

Amerika.

Buenos-Ayres, 14. Juni. Es sieht hier recht schlimm aus; Alles ist in Revolution, und wir stehen vor dem Ausbruch eines Krieges, dessen ganze Tragweite noch nicht übersehen werden kann. Nachdem Buenos-Ayres durch Absendung von Emissären, Geld und Waffen heimlich und mit ziemlichem Erfolge versucht hat, die ihm am günstigsten gesinnten Provinzen aufzuwiegen, hat es jetzt endlich seine Larve abgeworfen, und sich in offener Rebellion der National-Regierung gegenübergestellt. Von beiden Seiten wird tüchtig gewaffnet, und da das Land zum Frieden noch nicht reif ist, so ist es am besten, daß, wie es allen Anschein hat, ein ordentlicher Krieg kommt, der mit der vollständigen Vernichtung der Partei der Unitarier endigen wird. Diese letztere, die, obwohl sie klein ist, doch hier die Macht in Händen hat, hält sich in ihrem Zynismus an keinen der noch vor Kurzem abgeschlossenen Verträge gebunden, und ist überhaupt an allem Unglück Schuld, welches über dieses arme Land seit neun Jahren gebracht worden ist. Geplündert und gestört hat sie bisher durch ihre spitzige Feder und durch Verrath, während die Föderalisten nur mit dem guten Griff ihres Schwertes und ihrer Lanze umzugehen wissen. Für Buenos-Ayres haben sich die Regierungen der fünf nördlichen Provinzen erklärt, die übrigen acht gehen mit Urquiza. Montevideo und Paragway werden eine bewaffnete Neutralität, jedoch zu Gunsten und Vortheil des letzteren, beobachten, und jedenfalls thätigen Antheil nehmen, wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, daß Buenos-Ayres sich auf Brasilien stütze, dem es schon lange nach der Banda Oriental gelüftet. Der Handel ist unter diesen Umständen reine Null, und es haben sämtliche Importhäuser sehr stark verloren durch den

hohen Stand des Goldes, und in Folge davon des Wechselkurses auf europäische Plätze. — Die Auswanderung hieher war in der letzten Zeit sehr stark; fast jede Woche kamen 500 Auswanderer an, meistens Basken und Italiener.

Vermischte Nachrichten.

Die Gesamtbevölkerung Rußlands stellt sich nach der letzten Zählung (Anfang 1860) zu 67.462.108 heraus, wovon 8.601.302 auf Asien und 54.000 auf Amerika entfallen.

Die kürzlich in London verurtheilten Kossuth-Noten sind am 20. d. M. auf mehreren Wägen nach der Bank of England transportirt worden, um daselbst unter gebührender Aufsicht verbrannt zu werden. Die betreffenden Platten und lithographischen Steine sind bereits vernichtet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Neapel, 26. Juli. Bei Ejeria soll zur Grenzüberwachung ein verschanztes Lager errichtet werden. Die Aufständischen entworfenen vorgestern die Nationalgarde von Nazardi Chiajano in Neapels Umgebung. In Aversa wurde der Bruder des Generals Bosco verhaftet.

London, 27. Juli. Man versichert, Layard werde Lord Wobhouse als Unterstaatssekretär ersetzen.

New-York, 17. Juli. Maclellan berichtet, die Niederlage der Separatisten von Westvirginien sei vollstündig. Sumner beantragt die Abschaffung der Sklaverei durch Entschädigung der Eigenthümer. Der Kongreß wurde heute vertagt.

Handels- und Geschäftsberichte.

Friest, 26. Juli. (Wochenbericht). Kaffee war hinreichend animirt und für Rio wurden höhere Preise gezahlt. Auch andere Sorten waren mehr behauptet. In Zucker gest. würde der Verkehr größer gewesen sein, wenn der Vorrath mit feineren Sorten besser assortirt wäre. Gerade darin nimmt das Depot aber ab, und Preise sind deshalb mehr behauptet und selbst etwas höher. Rohzucker war in Havana-Sorten gefragt und zwar zum Theil auf Spekulation, wobei eine Parthie von 412 K. weiß mit Roanz zurückgekauft wurde. In anderen Kolonien war nichts bemerkenswerthes, außer daß Pfeffer Singapore zu fl. 32 1/2 detaillirt wurde. In Baumwolle war, durch die besseren Nachrichten aus Liverpool hervorgerufen, etwas Erhöhung der Preise, und schließt der Markt in steigender Tendenz. Agruppen beschränkter Verkehr, bei fehlender Ware, Preise behauptet. Mandeln fest und nur detaillirt. Gummi etwas zu leichteren Preisen verkauft. Stahl, Kupfer und Weißblech nur für den Detail gekauft. Blei war, nachdem die Ausfuhrerlaubnis gegeben, in ziemlichem Verkehr und Preise behauptet. Oel lebhaft in allen Gattungen zu höheren und festern Preisen. Die Umsätze würden bedeutender gewesen sein, wenn die wenigen Besitzer nicht zu hohe Forderungen stellten. Farbhölzer fest bei kleinem Verkehr. Knoppern ziemlich zu früheren Preisen verkauft.

Der Getreidemarkt war in Weizen und Mais hinreichend belebt, da sich die Spekulation auf spätere Lieferung daran betheiligte. Weizen veränderte für spätere Termine den Preis nicht, prompte Ware erfuhr einige Erleichterung. Mais ging wegen einiger Klage über die Ernte in der Romagna und im Banate höher, weshalb mehrere Aufträge nicht ausgeführt werden konnten. Andere Getreidearten unverändert aber flau. Oelstaaten bei kleinem Geschäft.

Gingefendet.

Neumarkt, 27. Juli 1861.

Dem Laibacher Korrespondenten des die slavische Bewegung vertretenden und darum in deutscher Sprache erscheinenden Blattes „Ost und West“ mit Bezug auf seinen galligen Artikel in der Nr. 124 v. 21. d. M. die zeitwörtliche Mittheilung, daß der wegen der Verträge der „Allgemeinen Zeitung“ wahrlich nicht zu seiner Unchre als „Augsburger Intelligenz“ gekennzeichnete Mann die begeisterte Anerkennungs-Adresse der Bürger Neumarkts an den hochgeachteten Reichsraths-Abgeordneten Herrn Karl Deschmann allerdings und zwar freudigst unterzeichnet hat; daß er sich durch dessen beherzigungswerthe goldene Erwiderungsworte an diesen ausgezeichneten Mann, der ihm persönlich unbekannt, ganz bingezogen fühlt; und daß er in die „Allgemeine Zeitung“, die ihn stets geistig begleitet, einen viel zu hohen Werth legt, um sie in seiner Traktil zu verwenden, sondern dieselbe vielmehr in 43 Jahrgängen angesammelt, sorgfältig aufbewahrt, weil darin ein Wissenschafts geborgen, aus dem selbst ein Hochgeschulter und Gelehrter noch recht Vieles lernen und ausbeuten kann.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 29. Juli 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metallique 68.20	Silber . . . 137.25
5% Nat. Anl. 80.85	London . . . 138.30
Banquettien . . 748.—	k. k. Dukaten 6.59
Kreditaktien 173.30	

Fremden-Anzeige.

Den 27. Juli 1861.

Die Herren v. Pflügl, k. k. Beamte, — Hanne-
mann, Kaufmann, — Virsch, Bauunternehmer, und
— Czech, Privatier, von Graz. — Hr. Bassino,
k. k. Postmeister, von Sansevero in Istrien. — Hr.
Schin, Privatier, von Triest. — Hr. Kagenz, k. k.
Beamte, von Stein. — Hr. Ceretti, Jurist, — die
Frauen Monti, Kaufmannsgattin, und — Kupnik,
Redakteursgattin, von Triest.

Den 24. Die Herren von Sponar, k. k. Tele-
graphen-Inspektor, — Rigbetti, k. k. Landesbau-Direk-
tions-Beamte, — Sartory, Kaufmann, und —
Baldini, Sensal, von Triest. — Hr. Dirbeck, Be-
amte, von Pest. — Die Herren Abels, — Süß,
Kaufleute, u. — Krauscher, Geschäftsführer, von Wien.

3. 1348.

Einladung

an die

Herren Mitglieder der Gewerkschaft Scofie.

Ueber Ansuchen des Herrn Dr. Heinrich Kern,
Generalbevollmächtigten der Gewerkschaft Scofie,
wohnhaft zu Wien, Stadt Nr. 625, de praes.
25. d. M., werden die Herren Mitglieder der
Gewerkschaft Scofie hiemit, unter Bezugnahme
auf die Anordnungen des allgemeinen Bergge-
setzes §§. 149 bis 158, zu dem am Samstag
den 31. August 1861 um 9 Uhr Vormittags
in Wien, Stadt Nr. 154, 2. Stiege, 2. Stock
abzuhaltenden Werkentage der obbenannten
Gewerkschaft persönlich oder durch einen legal
Bevollmächtigten zu erscheinen eingeladen.

Bei diesem Werkentage werden folgende
Gegenstände in Verhandlung genommen, als:

1. Entgegennahme des Berichtes über die
bisherige Entwicklung der Unternehmung.

2. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der
Rechnungsvorlagen.

3. Beschlussfassung über die Fortführung der
Unternehmung nach den entworfenen Prälimi-
narien und eventuelle Genehmigung der dies-
fälligen Zubeußen.

4. Wahl eines Ausschusses zur Verfassung
eines dem nächsten Werkentage vorzulegenden
Statuten-Entwurfes für die Gewerkschaft.

5. Beschlussfassung über den Zeitpunkt, an
welchem der nächste Werkentag abzuhalten
sein wird.

Von der k. k. Verghauptmannschaft.

Laibach am 26. Juli 1861.

3. 1338. (2)

Zur Ziehung
am 1. August d. J.

sind nur noch

Heute und Morgen
1860^{er}

Staats - Anlehens - Lose
auf Vormerkung bei mir zu haben.

Max. Kuscher,

in der k. k. Lotto-Kollektur, Elephantengasse.

3. 1278. (2)

Einladung

zur Pränumeration auf die deutsche Zeitschrift:

„Stimmen aus Innerösterreich“,

Beiträge zur Durchführung der nationalen, religiösen und politischen
Gleichberechtigung.

Unter diesem Titel erscheint vom 1. August l. J. zu Klagenfurt in der
Leon'schen Buchdruckerei eine Zeitschrift folgenden Inhalts:

1. „**Leitende Artikel**“ über didaktische und nationale, sociale und administra-
tive, religiöse und politische Interessen mit besonderer Berücksichtigung der von Slo-
venen bewohnten Provinzen.

2. Eine „**Zeitungsschau**“, in welcher interessantere Artikel anderer, besonders
gegnerischer Zeitungen vorgeführt und gebührend besprochen werden.

3. „**Original-Korrespondenzen**“ aus allen österreichischen Provinzen, worin
öffentliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht und gewürdigt werden.

4. „**Skizzen**“ über die wichtigeren Gegenstände der Reichsraths- und Landtags-
Verhandlungen mit Beifügung der nöthigen Bemerkungen.

5. Eine „**Chronik**“, in welcher die vorzüglichsten und einflussreicheren Welt-
ereignisse bündig zusammengestellt und mit einer Kritik begleitet werden.

Die Grundlage, auf welcher sich die „**Stimmen aus Innerösterreich**“ be-
wegen werden, ist der moderne Rechtsstaat nach Maßgabe der im allerhöchsten Diplome
vom 20. Oktober 1860 gezogenen Grenzen, und der aus dem einfachen Rechtsprinzip:
„**Gleiche Lasten — gleiche Rechte**“ abgeleiteten Grundsätze.

Diese „**Stimmen**“ erscheinen in Hefen von 4 Druckbogen an jedem 32sten
Tage, so daß bis Ende Dezember 24 Druckbogen erschienen sein werden.

Das erste und zweite Heft mit 8 Druckbogen erscheinen zusammen am 1. Au-
gust, das dritte Heft am 2. September, das vierte am 4. Oktober, das fünfte am
5. November und das sechste am 7. Dezember.

Der Preis für diese 6 Hefte beträgt ohne Post in der Leon'schen Buchhandlung
2 fl., mit Postversendung 2 fl. 50 kr. öst. W.

Wir bitten um portofreie Zusendung.

Programm der „Stimmen aus Innerösterreich“.

Es ist noch nicht so lange her, als durch die Uneinigkeit der Völker die Freiheit der Völker zu
Grunde ging. Die Freiheit ist jugendlich wieder erstanden; darum thut Einigkeit der Völker jetzt besonders
noth. Also Friede und Eintracht unter den österreichischen Völkern durch gegenseitige Verständigung, Gerech-
tigkeit und Brüderlichkeit, durch tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung der Gleichberechtigung aller
Nationalitäten.

Zur Durchführung der Idee der Gleichberechtigung möchten auch die „**Stimmen aus Inner-
österreich**“ ihr Schärfelein beitragen.

Darum Verständigung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit bezüglich der Nationalität und Sprache!

Die „**Stimmen aus Innerösterreich**“ werden eintreten für die allmähliche Einführung der
slovenischen Sprache in Amt und Schule in slovenischen Gegenden; sie werden fordern die Kenntniß der
slovenischen Sprache von Beamten in slovenischen und gemischten Stationen, so wie auch die Verlautbarung
der Gesetze und Verordnungen in slovenischer Sprache; sie werden endlich für jede Landessprache an dem
Landtage das natürliche und gesetzliche Recht des Gebrauches in Anspruch nehmen. Ferners Verständigung,
Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in religiöser Beziehung!

Die „**Stimmen aus Innerösterreich**“ werden die religiösen Angelegenheiten vom Standpunkte
der gesetzlich allen Religionen-Gesellschaften garantirten Gleichberechtigung behandeln. Fest der Ueberzeugung
lebend, daß der Welt nur in der katholischen Lehre die Wahrheit gegeben ist, und daß nur aus einer im
Katholizismus wurzelnden Wissenschaft die Neugestaltung der Welt, die Lösung der socialen Fragen, die
wahre Freiheit und somit die Rettung der Gesellschaft hervorgehen kann; ferners fest überzeugt, daß diese
großen und herrlichen Thaten die katholische Kirche nur dann hervorzubringen im Stande ist, wenn sie sich
im unge störten Besitze der vollen Freiheit befindet, werden die „**Stimmen**“ die freie Kirche im freien
Staate befürworten.

Endlich Verständigung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit hinsichtlich der politischen Freiheit!

Die „**Stimmen aus Innerösterreich**“ werden für ein einiges und starkes, zugleich aber
auch freies und den historischen und nationalen Rechten die möglichste Rechnung tragendes Oesterreich mit
Entschiedenheit und Energie eintreten. Oesterreich steht nun in der Reihe der konstitutionellen Staaten;
darum werden die „**Stimmen**“ dahin zu wirken trachten, daß in unserm großen Vaterlande durch eine
besonnene, stetig fortschreitende Entwicklung der gegebenen Verhältnisse alles Dasjenige verwirklicht werde,
was zum Begriffe eines wahrhaft konstitutionellen Staates notwendig gehört; z. B. Dezentralisation der
Verwaltung, Selbstregierung der Provinzen in ihren Landes-Angelegenheiten, Selbstverwaltung der Ge-
meinden. Dabei sei der Zentralgewalt all' Dasjenige zugewiesen, was zur Einheit und Stärke des Staates
unumgänglich erfordert wird, wie z. B. Zentralisation der allgemeinen und der eigentlichen politischen Ge-
setzgebung über Gleichberechtigung der Nationalitäten und Religionsbekenntnisse, über die Verantwortlichkeit
der Reichsregierungsorgane, über persönliche Freiheit, Vereinsrecht, Pressfreiheit u. dgl., ferners Zentrali-
sation der Machtmittel der innern und äußern Politik der Gesamtmonarchie, endlich der Finanzen, des
Heeres und der auswärtigen Angelegenheiten. Dieß ist in Kürze unser Programm: es gibt der Nationalität,
der Kirche und der Freiheit das jeder Gebührende und die festeste Bürgschaft für die Kraft und Größe des
österreichischen Staates, wie auch für die Freiheit und die Wohlfahrt der österreichischen Völker. Nie wer-
den wir in fremde Rechte anmaßend eingreifen, nie anständige und gegründete Widerreden vornehm über-
sehen; — wohl aber werden wir mit scharfen Blicken unsere Rechte bewachen und jeden Eingriff in dieselben
mit aller Kraft abweisen.

Dieß unser Ziel, dessen Erreichen wir uns mit allem Ernste und aller Ausdauer, deren wir nur
immer fähig sind, widmen werden; dazu bitten wir Alle um gütige Unterstützung zur Bieder und zum Wohle
Oesterreich's, wie nicht minder zur Bieder und zum Wohle Kärntens.

Klagenfurt den 15. Juni 1861.

Andreas Einspieler.
Eigentümer u. Redakteur.